

Kleine Stimme, große Verantwortung – Schüler und Politiker kommen ins Gespräch zur kommenden Bundestagswahl

In Zeiten, in denen politische Entscheidungen maßgeblich die Zukunft junger Menschen beeinflussen und gerade diese aufgrund weitreichender Auswirkungen des demografischen Wandels oftmals unterrepräsentiert bleiben, eröffnete das Bildungszentrum St. Konrad am 07.02.2025 den nötigen Raum zum Austausch zwischen Schülern und Politikern.

All das während der aktuellen Wahlkampfdebatten für die in wenigen Wochen anstehende Bundestagswahl, zu welcher in diesem Jahr auch viele Schüler des Welfen ihre Stimme abgeben dürfen. Solch eine Wahl mag angesichts momentaner politischer Ereignisse reiflich überlegt sein und viel über den künftigen Politikkurs in Deutschland entscheiden.

Eine große Verantwortung im Vergleich zu der quantitativ kleinen Stimme eines Einzelnen.

Auch deshalb habe ich mich dazu entschieden, weder meine eigene noch andere Meinungen zu einzelnen Parteien und deren Ansichten wertend darzustellen, sondern aus neutraler Sicht detailliert die einzelnen Aussagen einzufangen, damit jeder, der nicht direkt an der Podiumsdiskussion teilnehmen konnte, dennoch über die politischen Statements der verschiedenen Parteien aufgeklärt ist, sich eine eigene fundierte Wahlentscheidung bilden und somit informiert zur Wahl gehen kann.

Genau aus diesem Grund solle jeder der eingeladenen Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Ravensburg „Rede und Antwort stehen“, nämlich um den Schülern bei deren Meinungsbildung zu helfen – so der Initiator der Podiumsdiskussion, welche in Kooperation mit der Stadt Ravensburg initiiert wurde. Die gesamte Veranstaltung stehe zudem unter dem Grundgedanken sich als Politiker in persona gegenüber der Schülerschaft zu äußern und mit eventuellen Vorurteilen oder gefährlichem Halbwissen aufzuräumen.

Teilgenommen haben in Reihenfolge der Sitzplätze: Axel Müller für die CDU, Heike Engelhardt für die SPD, Agnes Brugger für die Grünen, Benjamin Strasser für die FDP, Christoph Högel für die AFD, Moritz Fischinger für die Linke sowie Niclas Bulling für die Freien Wähler. Laurin Brinkmann von VOLT konnte krankheitsbedingt leider nicht an der Podiumsdiskussion teilnehmen.

Unter der Moderation zweier Mitglieder des Ravensburger Schülerrates wurde die erste Vorstellungsrunde mit der Impulsfrage: **„Wer sind Sie und warum sollte ein Erstwähler für Sie stimmen?“** eingeleitet.

Hierbei war es den 7 Politikern aus 7 Parteien zur Aufgabe gemacht in 60 Sekunden die eigene Person als auch die politischen Intentionen der eigenen Partei darzulegen. Dabei haben sich die Kandidaten von CDU und Freien Wählern in erster Linie auf regionale Anknüpfungspunkte und Nähe gestützt, wohingegen sich AFD und Linke in größerem Umfang auf ökonomische Themen fokussiert haben. Herrn Höbel von der AFD war es zudem wichtig „Sachen richtigzustellen“, Herrn Fischinger von der Linken ging es vordergründig um konkrete Zahlen und den kollegialen Kontakt zur Schülerschaft. So sorgte die spaßhafte Forderung nach einer „Dönerpreisbremse“ doch für einiges Schmunzeln und großen Applaus. SPD und Grüne thematisierten vor allem Chancen- und Generationengerechtigkeit sowie den Erhalt „unserer schönen Umwelt“ als deren Hauptthemen. Allen Kandidaten gemeinsam war die starke Fokussierung auf die Interessen und Repräsentation der „jungen Leute“. Vor allem Frau Brugger von den Grünen machte dies am Beispiel ihrer eigenen Person deutlich. So sei doch gerade sie selbst vor wenigen Jahren noch die jüngste weibliche Abgeordnete gewesen, was sich allerdings durch das enorme Interesse der jüngeren Generationen an Politik und demokratischer Teilhabe

geändert habe. Auch deshalb komme den Jugendlichen eine ganz besondere und wichtige Rolle im aktuellen Bundestagswahlkampf zu. Einvernehmlicher Applaus der Mitkandidaten untermauerte deren allgemeine Zustimmung.

Die zweite Runde wurde durch sogenannte Schnellfragen ausgestaltet und forderte das Publikum zur aktiven Mitbestimmung auf. Jeder Schüler durfte dabei zu 10 Fragen entweder eine grüne Karte für Zustimmung, eine rote für Ablehnung oder eine gelbe für Neutralität bzw. Enthaltung hochhalten. Auch die Repräsentanten der einzelnen Parteien durften ihre Stimme zu diesen folgenden Fragen abgeben:

(Aufgrund dessen, dass aus meiner Sicht nicht alle Stimmen überblickt werden konnten, wird an dieser Stelle auf die Wiedergabe grober Abstimmungswerte verzichtet und stattdessen die Thematik kurz erläutert und mit dem jeweiligen Parteiprogramm der anwesenden Parteien verglichen, woraus auf deren Position geschlossen wird. Fehler vorbehalten.)

1. Braucht Deutschland ein allgemeines Tempolimit?

Seit Jahren streiten Politiker in Deutschland darüber, ob wie im Falle anderer europäischer Länder ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen eingeführt werden sollte. Dabei werden immer wieder ökologische, sicherheitstechnische und ökonomische Aspekte betrachtet und untereinander abgewogen. In einer schriftlichen Ausarbeitung des Bundestages¹ werden folgende Auswirkungen als realistisch angesehen: Das Umweltbundesamt (UBA) schätzt, dass ein Tempolimit von 100 km/h eine CO₂-Emissionsenkung von 4.700 kt (verglichen mit dem Verkehr im Jahr 1996) bewirken könnte. Zudem wird erwartet, dass die Unfallhäufigkeit als auch die Schwere im Falle von Kollisionen deutlich sinken würde. Der Verkehrsfluss könnte außerdem positiv beeinflusst und Straßenkapazitäten erhöht werden, da sich aufgrund der geringeren Geschwindigkeit auch eine niedrigere Frequenz an Fahrzeugen pro Minute einstellen würde.

PRO	CONTRA
SPD, Grüne, Linke	CDU, FDP, AFD, (Freie Wähler) ²

2. Sollte Deutschland wieder vermehrt auf Kernenergie umsteigen?

Im Kontext des Atomausstiegs 2023 und einer internationalen Energiekrise, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wird die Thematik eines Wiedereinstiegs in die Kernenergie äußerst kontrovers diskutiert. Als positive Merkmale von Kernenergie werden dabei immer wieder die kontinuierliche Stromversorgung, die Emission von weniger Luftschadstoffen als bei fossilen Energiequellen und die Flächen- sowie Ressourceneffizienz benannt. Dem gegenüber stehen die Entstehung radioaktiver Abfälle, die Angst vor Reaktorunfällen wie in Tschernobyl, die lange und teure Bauzeit von Kernkraftwerken sowie die mangelnde Kompatibilität mit erneuerbaren Energien.

PRO	CONTRA
AFD, FDP, CDU	SPD, Grüne, Linke

3. Sollte ein AFD-Parteiverbot eingeführt werden?

Nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes kann ein Parteiverbot dann verhängen werden, wenn eine Partei die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen will und sich

¹ <https://www.bundestag.de/resource/blob/426624/05de33780e7751e97be28211e7f17be4/wd-5-144-07-pdf-data.pdf>

² Keine einheitliche Position, aber tendenziell Contra

durch Planungen aktiv-kämpferisch dafür engagiert. Die Prüfung uns schlussendliche Entscheidungen obliegen hierbei dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Ausgelöst wurde die Debatte durch die Einstufung der AFD als gesichert rechtsextrem in mehreren Bundesländern sowie verschiedenen Veröffentlichungen über konkrete verfassungsfeindliche Pläne, wie bspw. bei dem Potsdamer Geheimgespräch Ende 2023³.

PRO	ENTHALTUNG, SKEPSIS	CONTRA
SPD, Grüne, Linke	CDU, FDP, Freie Wähler	AFD

4. Brauchen wir bundesweite Volksentscheide?

Unter einem bundesweiten Volksentscheid wird durch wahlberechtigte Bürger über einen Gesetzesentwurf oder ein politisches Streitthema abgestimmt. Damit handelt es sich hierbei um eine Form der direkten Demokratie. Stand jetzt sieht das Grundgesetz keine Regelungen für diese Bürgerinitiativen vor. Ausnahmen bestehen für die Neugliederung von Bundesländern oder der Konstituierung einer neuen Verfassung.

PRO	CONTRA
SPD, FDP, Linke, AFD, Grüne, Freie Wähler	CDU

5. Müssen Social Media Plattformen ein Mindestalter von bspw. 16 Jahren fordern?

Zum jetzigen Zeitpunkt existieren keine wirklichen Gesetze, sondern bestimmte Vorgaben zu Nutzungsbedingungen auf social media Plattformen (meist Altersgrenze von 13 Jahre), die allerdings nur unzureichend überprüft wird. Über die negativen Auswirkungen sozialer Medien durch Cybermobbing, FakeNews oder Gewaltbilder informieren mehrere Studien⁴, deren Herausgeber sich oftmals für eine restriktivere Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen aussprechen. Auf der anderen Seite steht Kindern und Jugendlichen gemäß Artikel 17 der UN-Kinderrechtskonvention der Zugang zu Medien, welche heutzutage auch jene digitalen Netzwerke umfassen, zu.

PRO ⁵	KEINE ÄUßERUNG	CONTRA
Grüne, CDU, SPD	AFD, Freie Wähler	FDP

6. Sollte das Wahlalter für die Bundestagswahl auf 16 Jahre gesenkt werden?

Momentan dürfen Jugendliche ab 16 Jahren in allen Bundesländern an der Europawahl und in Baden-Württemberg zusätzlich an Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen. Für die Senkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen müsste Artikel 38 Absatz 2 des Grundgesetzes geändert werden, wofür eine Zweidrittelmehrheit erreicht werden müsste. Den zentralen Diskussionspunkt bei der Bestimmung des Wahlalters bildet dabei die Frage, ob 16- bis 18-Jährige die notwendige Urteils- und Übertragungsfähigkeit besitzen, um die weitreichenden Folgen ihrer Wahlentscheidung reflektieren zu können.

PRO	CONTRA
SPD, FDP, Grüne, Linke, Freie Wähler	CDU, AFD

7. Darf Deutschland mehr Waffen an die Ukraine liefern, sollte Amerika deren Unterstützung beenden?

Seit Beginn der russischen Militärinvasion in der Ukraine am 24.02.2022 bildeten Waffenlieferungen einen zentralen Bestandteil der deutschen Unterstützung für das

³ Mehr Infos: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

⁴ <https://www.aok.de/pp/gg/magazine/gesundheit-gesellschaft-12-2024/mindestalter-social-media/>

⁵ Dazu zählt auch die auch allgemeine Befürwortung von Schutzmaßnahmen für Kinder im digitalen Raum.

Kriegsgebiet. Die Bandbreite militärischen Geräts umfasste dabei bisher: gepanzerte Gefechtsfahrzeuge wie der Kampfpanzer Leopard, Luftverteidigungssysteme, Artillerie, Drohnen und weitere Gefechtsausstattung. Heftig kritisiert wird in diesem Zusammenhang das Paradoxon durch Waffen Frieden schaffen zu wollen.

PRO	CONTRA
SPD, CDU, FDP, Grüne, Freie Wähler	AFD, Linke

8. Sollte Gendersprache in Schulen verboten werden?

Aktuell darf in Baden-Württemberg gendergerechte Sprache im öffentlichen und schulischen Schriftverkehr insofern verwendet werden, dass ohne Sonderzeichen wie Binnen-I oder Gendersternchen gegendert wird. Diese Regelung⁶ gilt auch für die kommenden Abiturprüfungen. Ansonsten werde laut Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) jedem Schüler als auch Lehrer die Entscheidung übers Gendern frei überlassen.

PRO	CONTRA
AFD, CDU	SPD, FDP, Grüne, Linke

*keine einheitliche Position der Freien Wähler

9. Sollte das Verbrennerverbot wieder aufgehoben werden?

Als Teil der EU-weiten Regelungen für nachhaltigere und saubere Mobilität sieht das Verbrennerverbot vor, dass ab 2035 in Deutschland keine Neuwagen mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr zugelassen werden dürfen. Hintergrund dieses Verbots ist das Ziel, den CO₂-Ausstoß auf europäischen Straßen auf null zu senken und damit das Erreichen des 1,5°C-Ziels zu unterstützen. Eine Ausnahme von dieser Regelung gilt für Fahrzeuge, die mit klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen (eFuels) betrieben werden oder vor 2035 zugelassen wurden.

PRO	CONTRA
AFD, CDU, FDP	SPD, Grüne, Freie Wähler, Linke

10. Muss es eine Obergrenze für Migration pro Jahr geben?

Politisch ebenfalls hoch umstritten ist die Frage nach Migration und möglicher Begrenzungen dieser. Mit einer pauschal formulierten Obergrenze für jährlich zugelassene Einwanderer und Geflüchtete versprechen sich viele Politiker eine bessere Steuerung und Ordnung der Zuwanderung nach Deutschland. Die Bundesregierung selbst betont aber deren humanitäre und rechtliche Pflicht⁷, Menschen in Not zu helfen und aufzunehmen. Zudem helfe eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, den Fachkräftemangel einzudämmen und die hiesigen Sozialsysteme zu entlasten. Gerade in der Migrationspolitik bemerken Politikwissenschaftler allerdings auch eine regelrechte Verhärtung parteilicher Fronten. Kein Thema ist derartig so umstritten und alle Menschen hierzulande betreffend wie das der Migration.

PRO	CONTRA
(CDU) ⁸ , AFD, Freie Wähler	SPD, FDP, Grüne, Linke

Der nächste Abschnitt der Podiumsrunde wurde durch 3 zentrale Hauptfragen bestimmt, zu denen sich jeder Kandidat jeweils 1 Minute lang äußern durfte.

⁶ <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/gendern-verbot-landesregierung-100.html>

⁷ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/fakten-migrationspolitik-2189208>

⁸ Fordert teils auch „flexiblere Modelle“.

Welche Probleme erkennen Sie in Ravensburg?

Die am häufigsten genannten Problematiken in der hiesigen Region waren unabhängig von der Partei des Kandidaten Bildung, Bürokratieabbau als auch Natur- und Umweltschutz.

In Sachen Bildung sahen gerade Linke, SPD und FDP akute Defizite. „Bildung kostenlos halten“, warf Frau Engelhardt von der SPD in Bezugnahme auf das „Startchancen-Programm“ ihrer Partei in den Raum, was durch die Forderung der Linken nach kostenlosen Kitaplätzen und dem dringenden Erhalt wohnortnaher Grundschulen, wie am Beispiel Argenbühls, weitergeführt wurde. Auch Frau Brugger von den Grünen sprach sich für die „Einheit aus Bildung, Qualität und Betreuungszeiten in Kitas“ sowie für die Sanierung öffentlicher Bildungsinstitutionen aus. Seitens der FDP wurde im Rahmen ihres „Stadtchancen-Programms“ die konkrete Zahl von 10 Milliarden Euro für Brennpunktschulen jegliche Art genannt. Der Kandidat der Freien Wähler schrieb der Bildung zudem einen „riesigen Wert“ für unser gemeinsames Miteinander zu, führte allerdings keine expliziten Verbesserungsvorschläge an.

Des Weiteren wurde die Forderung nach „weniger, restriktiver Bürokratie“ auf regionaler Ebene laut. Vor allem CDU, Grüne und FDP sahen immensen Verbesserungsbedarf im deutschen Verwaltungswesen. Gerade für Bauern und landwirtschaftliche Strukturen in der Region stelle aus Sicht der CDU der Verwaltungsaufwand eine Bedrohung für deren Wirtschaftlichkeit und damit Erhalt dar. Die Grünenkandidatin fasste mit dem Vorschlag einer App für alle behördlichen Anträge, die normalerweise auf Landratsämtern oder in Rathäusern beantragt werden müssten, den bürokratischen Aufwand des einzelnen Bürgers ins Auge. Dass man allgemein in Deutschland als auch hier in der Region „schneller und einfacher“ werden müsse, unterstützte auch der Repräsentant der FDP. Insgesamt wurde hieran deutlich das die Forderung nach Bürokratieabbau auf ganz unterschiedlichen Ebenen betrachtet werden muss und auch die einzelnen Parteien unterschiedliche Aspekte dieser Mangelhaftigkeit im deutschen Verwaltungswesen bedienen.

Ein weiterer sehr wichtiger regionaler Problempunkt wurde im Umwelt- und Naturschutz gesehen. In seiner Einleitung fokussierte sich Herr Bulling von der FDP bereits auf die örtliche Debatte um Windräder im Altdorfer Wald, was er selbst mit dem Argument des Naturerhalts ablehnte. Viel mehr müssten „sinnvolle Orte“ gefunden werden und ein „Biosphären Programm“ zum Schutz natürlicher Lebensräume erarbeitet werden. Auch die Grünen richtete den Fokus auf „das Schöne hier am Bodensee“, was gerade in Biodiversität und Artenvielfalt liege. Daher bedarf es nach ihrer Meinung eines umfangreicheren Naturschutzes. Dieser Forderung schloss sich auch Herr Müller von der CDU unter der Bedingung geregelter Maßnahmen, die auch für hiesige Bauern und Landwirtschaft vertretbar seien, an.

Weitere wichtige Probleme in der Region stellten nach Ansicht der Parteivertreter auch folgende Themen dar: kürzere Wege zu systemrelevanter Infrastruktur (z.B. Schule, Krankenhaus) im ländlichen Raum [Linke], bezahlbare Energie sowie einfacherer Zugang zu Arbeitsplätzen [FDP], Beratung und Hilfestellen für „Alltagsorgen“ der Bürger [Grüne], Chancengleichheit (auch in Mobilität) und Unterstützung der Kommunen [SPD], medizinische Versorgung und Gesundheit [CDU]. In Berufung darauf, dass es sich um eine Bundestagswahl handle, distanzierte sich die AFD von regionaler Politik hin zu Thematiken auf Bundesebene, die die „Wirtschaftlichkeit deutscher Unternehmen“ als auch die Nutzung verschiedener Energiequellen umfassten.

Braucht es in Deutschland wieder einen verpflichtenden Wehrdienst?

Eine momentan viele Jugendliche umtreibende und in ihrer Folgeschwere weitreichende Frage, stellte auch die nach der Reaktivierung der Wehrpflicht in Deutschland dar. Angesichts der Optionsmöglichkeiten konnten die anwesenden Parteivertreter in zwei Lager eingeteilt werden. Dass die Wehr für den Bund weiterhin freiwillig bleiben sollte, forderten Grüne, SPD, FW, Linke und FDP.

Viel eher sollten aus deren Sicht mehr Freiwilligenplätze bereitgestellt, ein höheres Taschengeld für FSJ⁹ und BFD¹⁰ etabliert und ehrenamtliche Organisationen gefördert werden. Herr Strasser von der FDP bezeichnete die Verpflichtung zum Wehrdienst als „übergriffig“, auch da angesichts aktueller Platz-Ressourcen keine Wehrgerechtigkeit gegeben sei. Auch die SPD betont, dass die mangelnde Gerechtigkeit, gerade in Bezug auf die fehlende Gleichstellung von Frauen in führungshohen Dienstpositionen, Grund genug für die weitere Aussetzung der Wehrpflicht sei.

Die Gegenposition zu diesen Meinungen bilden CDU und AFD. Aus deren Sicht sei der Personalmangel in der Bundeswehr angesichts aktueller geopolitischer Ereignisse wie dem Ukraine-Krieg als äußerst kritisch und bedrohlich einzuordnen. In seiner Forderung nach einem verpflichtenden sozialen Jahr, einem „Gesellschaftsjahr“ für alle Bürger unabhängig deren Alters distanzierte sich Herr Müller von der CDU von der Reaktivierung der Wehrpflicht, schloss diese aber zu keinem Zeitpunkt seiner Rede eindeutig aus. Viel mehr erachte er die geplante Abfrage zur Wehrtauglichkeit junger Menschen sinnvoll in Bezug darauf sie an einen Nutzen für die Gemeinschaft zu knüpfen. Die AFD hingegen positioniert sich klar pro Wehrpflicht für alle, zeigt aber eine gewisse Kompromissbereitschaft derer gegenüber, „die weder im Krisen- noch Normalfall zur Waffe greifen“ möchten. Wer diesen „Widerspruch zur inneren Überzeugung“ zeige, solle in gleichem Maße auch ein soziales Jahr in einem der Gesellschaft nützlichen Bereich absolvieren dürfen. Herrn Högel von der AFD war es zudem wichtig zu betonen, dass Freiheit eines unserer höchsten Güter sei, allerdings im Ernstfall auch verteidigt werden müsse. Hierbei mache „im schlimmsten Fall die [militärische] Ausbildung den Unterschied“.

Welches der drei Themen: Klima, Frieden oder Migration erachten Sie als am wichtigsten für die hier anwesende Generation von Schülern?

Dem Großteil der Kandidaten fiel eine klare Abstufung der oben genannten Themen schwierig, weshalb in den meisten Fällen eine Kombination aus allen drei Bereichen erörtert wurde.

Auf die Formulierung der Grünen, dass das Klima geschützt werden müsse, weil es sich hierbei um die Grundlage unseres gemeinschaftlichen als auch individuellen Lebens handle, reagierten FDP, SPD und AFD mit der Forderung nach mehr Offenheit für den maßvollen Einsatz von Technologien zur Verbesserung/ zum Erhalt klimatischer Begebenheiten. So sollten nach Ansicht von Frau Engelhardt aus der SPD, die den Klimazielen „die höchste Priorität“ zuschreibt, erneuerbare Energien maßvoll eingesetzt werden, regional bspw. durch Fotovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Anlagen. Auch die Freien Wähler äußerten sich zustimmend gegenüber neuer, innovativer Klimamaßnahmen und führten den Aspekt der Energiespeicher an, durch welche zur heißen Mittagszeit Sonnenenergie eingefangen und zu kühlen Abendstunden wieder abgegeben werden könne. Technische Innovationen um des Klimas Willen zu fördern und dabei den „Klimawandel nicht mehr ideologisch getrieben [zu] betrachten“, forderte Herr Högel von der AFD. Die Linke möchte klimatechnisch insgesamt 200 Milliarden Euro investieren, um „auch in Zukunft Natur erleben“ zu können. Ein Transformationsfond solle zusätzlich aus wirtschaftlicher Sicht Betrieben, die Verbrennermotoren anfertigen, helfen auf ökologisch nachhaltigere Produktionen umzusteigen. Auch die CDU betont in dieser Hinsicht die Zusammenarbeit aus Ökonomie und Ökologie durch die Verwendung moderner Technologien als auch KI-basierter Daten.

Der Aspekt des Friedens findet gerade seitens der FDP, CDU, SPD und Grünen Anklang und wird dabei überwiegend durch die Rechtfertigung bzw. Ablehnung von deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine geprägt. Sowohl SPD als auch FDP sprechen sich klar für die weitere Unterstützung der Ukraine durch militärische Güter, Hilfslieferungen für die Bevölkerung sowie „diplomatische Bemühungen“ aus, um für eine Friedenssicherung einzutreten. Auch CDU und Grüne sehen im

⁹ Freiwilliges soziales Jahr

¹⁰ Bundesfreiwilligendienst

Frieden „die Grundlage für soziales Zusammenleben“. Herr Müller von der CDU plädiert weiter für intensivere NATO-Verflechtungen in Europa, die Stärkung der Humanität sowie mehr Ordnung und Sicherheit bei friedenssichernden Maßnahmen. Den Aspekt der Sicherheit erachtet auch Frau Brugger von den Grünen im Dreiklang mit Zusammenhalt und Demokratie als Basis erfolgreichen, gemeinschaftlichen Lebens. Zudem müssten unter Bezugnahme auf die geschichtlichen Ereignisse des 2. Weltkrieges und daraus entstandenen Kalten Krieges Konflikte „mit Worten statt mit Waffen“ gelöst werden. AFD, Linke und Freie Wähler haben sich hinsichtlich der Friedensthematik nicht eindeutig geäußert.

Im diesjährigen Bundestagswahlkampf am meisten umstritten und lautesten diskutiert ist unter anderem auch die Frage der Migration und Deutschlands Umgang mit Geflüchteten. Sowohl SPD als auch Grüne fokussieren sich auf Unterstützung geflüchteter, schutzsuchender Menschen in vollem Umfang. Migration dürfe ferner, so Frau Brugger von den Grünen, nicht weiter das „Land spalten“, sondern müsse durch universelle staatliche Regelungen in Abstimmung mit anderen europäischen Ländern geregelt werden und dabei die Bedürftigkeit fliehender Menschen nicht vernachlässigen. Hierin sieht die Linke die Notwendigkeit, ein Einwanderungsgesetz unabhängig vom Migrationsrecht zu konzipieren, das immigrierten Menschen mehr Möglichkeiten, sich in der Gesellschaft zu etablieren (bspw. durch Deutschunterricht), und weitere Hilfen biete. Für eine geregelte Migrationspolitik sprechen sich hingegen FDP und CDU aus, die betonen, dass Einwanderung „besser geordnet und gesteuert“ werden müsse. Gleichzeitig appelliert Herr Strasser von der FDP daran, dass Deutschland weiterhin ein offenes, einladendes als auch inklusives Land bleiben müsse. Herr Högel von der AFD statuiert des Weiteren den Fakt, dass mit der „Massenzuwanderung“ viele Menschen nach Deutschland gekommen seien, die „hier nicht hergehören“ und fordert in diesem Zusammenhang eine deutlich restriktivere Einwanderungspolitik.

Den letzten Abschnitt der Podiumsdiskussion bildete die offene Fragerunde, in der die anwesenden Schüler direkt Fragen an bestimmte Parteivertreter stellen durften. Jedem Redner auf der Bühne wurde dabei 1 Minute Antwortzeit gelassen, um auf die Einwürfe aus dem Publikum einzugehen. Anders als in den vorherigen Runden, durften andere Kandidaten jeweils 2mal ihr Veto anhand einer weißen Karte einreichen und damit 30 Sekunden lang Stellung zu der Frage oder Aussage ihrer Vorredner beziehen.

Die erste Frage aus der Schülerschaft thematisierte das **Genderverbot an Schulen** und richtete sich an CDU und AFD.

Herrn Högel von der AFD, der den Grundsatz verfolge, Meinungen und Vorschläge seiner Partei richtigstellen zu wollen, sprach sich dafür aus, dass Schulen als staatliche Institutionen eine „genderfreie Zone“ bleiben müssten, in der niemand dazu gezwungen werde zu gendern, sondern selbstbestimmt darüber entscheiden dürfe. Außerdem betont der Parteivertreter, dass Lehrer in ihrer Funktion an Schulen nicht privat auftreten und Schülern ihre Weltansichten aufdrücken dürften. Herr Müller von der CDU hingegen betont, dass aus der Genderdebatte kein „Glaubenskampf“ gemacht werden dürfe, allerdings zur besseren Lesbarkeit und zum leichteren Verständnis von Texten und Lerninhalten auf Gendersternchen usw. verzichtet werden solle. Wer dennoch „unbedingt gendern“ wolle, dürfe seiner Meinung nach keine Nachteile in Bewertung oder Akzeptanz erfahren. Insgesamt wurden beide Statements der Politiker von Lachern aus der Schülerschaft begleitet. Frau Brugger von den Grünen nutzte an dieser Stelle zudem die erste Veto Karte des Tages und betonte, dass Politik in keiner Weise „sprachliche Vorschriften machen“ dürfe, sondern Gendern weiterhin als Zeichen der Höflichkeit und des Respekts gesehen werden müsse.

Als zweites äußerte sich ein Schüler, der die Hintergründe für die Gegenstimmen der AFD und CDU bezüglich der in der Schnellfragerunde angesprochene Idee, das **Mindestalter für Bundestagswahlen auf 16 zu senken**, erfragen wollte.

Für Herrn Müller von der CDU sei bei dieser Debatte entscheidend, dass man das Alter „als Paket betrachten“ müsse. Hierfür führte er als Teile dieses „Paketes“ die Erwachsenenstrafe ab 18 und die allgemeine Strafmündigkeit ab 14 an. Demnach müsse man, sobald das Mindestalter für Bundestagswahlen gesenkt wird, auch alle anderen Altersgrenzen herabsetzen und Reife neu definieren. Auf Grundlage von Entwicklungsforschern, die das Jugendalter bis 21 Jahre datieren, stehe für ihn glasklar fest, dass das Mindestalter bei 18 Jahren belassen werden sollte. Ähnlich stur zeigt sich Herr Högel von der AFD, der seine Entscheidung dadurch rechtfertigt, dass Jugendliche mit 16 zwar auf kommunaler Ebene über die nötigen Kompetenzen und den Überblick über sie betreffende Themen vorbringen könnten, doch die Ebene der Bundespolitik in ihrer Reichweite und ihrem Einfluss für die Weltpolitik „nicht überblicken“ könnten. Er selbst sei mit 16 Jahren nicht ausreichen an Politik interessiert und dazu informiert gewesen, um diese Verantwortung für Deutschland mittragen zu können. Großen Applaus generierte dazu das erste Veto von Herrn Strasser von der FDP, der Högel entgegnete, dass manche Bürger „auch mit 60 noch keinen Überblick“ hätten. Zudem seien für ihn junge Menschen, die bspw. mit 16 einer Ausbildung nachgingen und Steuern zahlten, überaus in der Lage, ihren Standpunkt in der Politik äußern zu können. „Wahlrecht ist Grundrecht“ betont Herr Strasser abschließend. Auch seitens der Freien Wähler wurde ein Veto eingelegt, da sich viele Jugendliche schon in jungen Jahren, wie der Schülerrat zeige, engagieren und aktiv ihre eigene Zukunft mitbestimmen möchten. Auch sei die „Möglichkeit der Informationssuche“ aufgrund neuer Technologien und Zugänge zu Quellen noch nie so vielfältig und einfach gewesen. An das politische Engagement vieler Jugendlicher schließt auch das Veto der SPD an. Deren Vertreterin Frau Engelhardt zitiert hierzu eine Aussage aus dem Europarat: „nicht ohne die Jugend darf über die Jugend entschieden werden“. Da gerade immer mehr junge Menschen aktiv Politik mitgestalten möchten, sollten diese auch die Möglichkeit erhalten, etwas mit ihrer Stimme zu bewirken. Des Weiteren kritisiert die Politikerin die Aussage von Herrn Högel, dass Jugendliche auf kommunaler Ebene mitbestimmen dürften, mit dem Einwurf, dass die AFD im Bodenseekreis mehrheitlich gegen „ein Kreisparlament mit Jugendlichen“ gestimmt habe. Herr Högel von der AFD rechtfertigte diese Entscheidung damit, dass seine Partei Jugendliche lieber projektbezogen mitwirken lassen wolle, weil dies leichter und verständlicher sei, als jungen Menschen „das starre Korsett eines Jugendparlaments“ aufzuzwängen. Der Unmut vieler Schüler zeigte sich am Lachen und teils Buhen, da der Widerspruch zwischen beiden Aussagen doch mehr als deutlich hervorkam.

Die dritte Frage beschäftigte sich mit der **Abtreibungsdebatte** und richtete sich erneut an CDU und AFD.

Für Herrn Müller von der CDU stelle die Möglichkeit der Abtreibung in Deutschland, die nach vorheriger Beratung keiner Strafverfolgung unterliege, „gesellschaftlichen Konsens“ dar. „[A]ls gelebter Kompromiss“ solle diese Debatte in seinen Augen nicht künstlich „hochgezogen“ werden und die Spaltung der Gesellschaft durch extreme Parteien begünstigen. Auch Herr Högel von der AFD sprach sich dazu aus den „status quo beibehalten“ zu wollen, auch weil seine „Partei des Lebensschutzes“ die betroffenen Frauen schützen wolle. Ein „klares Familienkonzept“, welches nicht genauer definiert wurde, als auch mehr Angebote für Familien lägen der AFD am Herzen. In seinem ersten Veto distanziert sich Herr Müller von der CDU deutlich von der AFD indem er betont, dass die AFD „Abtreibungsregeln verschärfen“ und die CDU hingegen Beratungsangebote fördern und ausbauen wolle. Dass der Fokus mehr auf den Frauen selbst und deren Bedürfnissen liegen müsse, betonen Grüne und Linke. Frau Brugger von den Grünen bezieht sich zudem auf Herrn Müllers Aussage der Legalität von Abtreibung in Deutschland und des gesellschaftlichen Konsens, die ihrer

Meinung nach keinesfalls gegeben seien. Man müsse viel mehr von „diesem unerlaubten Gefühl“ wegkommen und „nicht nur Männer darüber sprechen hören. Dieses Statement sorgte für große Begeisterung seitens der Schülerschaft, welche sich in regem Applaus artikulierte.

Eine weitere Frage richtete sich direkt an die **CDU** und wollte wissen, ob das **C¹¹ im Namen der Partei** noch zutreffend sei.

Herr Müller von der CDU positionierte sich hier eindeutig und stellte „christliche Werte als Basis“ der Politik seiner Partei dar. Gerade die „Bewahrung der Schöpfung und des menschlichen Lebens“ sowie die Solidarität mit anderen Menschen, die Hilfe benötigten, seien Grundsätze des CDU-Parteiprogramms. Der doch recht offensichtliche Widerspruch dieser Aussage zu den parteilichen Entscheidungen zur Unterstützung der Ukraine und Migrationspolitik blieb unbeantwortet.

Ein Schüler interessierte sich auch dafür, wie AFD und Linke, die **keine weiteren Waffen in die Ukraine** liefern möchten, für **weltpolitischen Frieden** eintreten möchten.

Beide Parteien forcieren dabei ihre Meinungen, dass „der Krieg und das Sterben in der Ukraine möglichst schnell beende[t]“ werden müsse und hierfür Gespräche auf internationaler Ebene geführt werden müssen. Aus Sicht der AFD solle auch Deutschland selbst den Druck auf Russland erhöhen und in Kooperation mit den USA, die „als einzige über die militärischen Mittel verfügen“ für Frieden eintreten. Dass bspw. Sanktionen auf Russland verschärft werden müssten, befürwortet auch die Linke, welche allerdings auch fordert, „nicht ohne [der] Ukraine“ zu verhandeln. Hierbei ist von außen betrachtet äußerst spannend, dass die beiden Parteien, obwohl sie sich in Bezug auf die Parteienlandschaft Deutschlands sehr konträr gegenüberstehen, einen gemeinsamen Nenner in den internationalen Friedensverhandlungen finden.

Die vorletzte Frage richtete sich an alle Parteivertreter und thematisierte die **Wirksamkeit des deutschen Bildungssystems** anhand des Aspekts der **Vorbereitung aufs spätere Leben**.

CDU, FDP und Freie Wähler sprachen sich jeweils für die Aufhebung der Ländergrenzen in Sachen Bildung aus. So sollen ein „einheitliches Abitur“, vergleichbare Abschlüsse und die Beseitigung von Hürden zwischen einzelnen Schularten durch die Bundespolitik umgesetzt werden. Dass der Staat Schulen und Bildungseinrichtungen weiter unterstützen und fördern müsse, betonen CDU und Freie Wähler. Der Aspekt der erweiterten Praxisorientierung wurde von allen Parteivertretern angeführt und von der SPD durch die Formulierung „im Leben lernen“ recht anschaulich zusammengefasst. Gerade Herr Fischinger von der Linken, der selbst von Beruf Lehrer ist, setzt sich für „mehr Zeit mit außerschulischen Kontakten“ ein, um das Gelernte durch Vertiefungen zu festigen und gleichzeitig im realen Leben umsetzen zu können. Das Weiter fordert Frau Brugger von den Grünen das „Tools zum Verständnis der komplexen Welt und Kritikbildung“ ausgebaut werden sollten, was auch durch Herrn Bulling von den Freien Wählern mit seiner Forderung nach „mehr Aufklärung und Eigenständigkeit“ befürwortet wird. Herr Högel von der AFD sieht zudem Defizite in der „finanziellen Bildung“ und möchte „von der moralischen Überhöhung“ weg hin zu einem klaren Leistungsprinzip. Was unter „moralischer Überhöhung“ zu verstehen ist, konnte im Rahmen der Publikumsfragen nicht mehr geklärt werden.

Die letzte Frage danach, ob **Migration** in Hinsicht auf den deutschen Fachkräftemangel eine **Chance für die hiesige Wirtschaft** bedeuten könnte, richtete sich an die AFD.

Herr Högel von der AFD argumentierte dabei, klarmachen zu wollen, dass gerade bei der Migrationspolitik im „Interesse Deutschlands“ gehandelt werden müsse. So sei eine „Zuwanderung in den Arbeitsmarkt“ durchaus positiv zu betrachten, nicht aber die „Zuwanderung in die Sozialsystem“.

¹¹ C = christlich

Am Vorbild Kanadas solle man sich orientieren und den eigenen Nutzen durch ein „restriktiveres Einwanderungsrecht“ ins Auge fassen. Der Einwand der SPD thematisiert, dass in der deutschen Wirtschaft nicht nur Fachkräfte, sondern im Allgemeinen auch Arbeitskräfte fehlen würde, gerade in den Bereichen der Pflege und Gesundheit. Jeder Mensch sollte aus Sicht der sozialdemokratischen Partei daher die „Chance erhalten, sich zu qualifizieren und in der Gesellschaft zu integrieren“. Auch Frau Brugger von den Grünen plädiert für inklusivere Maßnahmen und Angebote, wie Sprachkurse und gegen Arbeitsverbote.

An dieser Stelle wurde die offene Diskussionsrunde angesichts des zeitlichen Endes der Veranstaltung geschlossen.

Den abschließenden Dank richtete das Moderatorenteam des Schülerrates an alle Politiker, die sich die Zeit genommen haben auf die Fragen der Schülerschaft einzugehen, als auch die Organisatoren, welche die Veranstaltung geplant und technisch wie auch zeitlich umgesetzt haben.

Der letzte Aufruf des Schülerrates umfasste den Appell:

„Nutzt eure Stimme und geht informiert zur Wahl!“



Von links nach rechts: Dr. Gerd Hruza (Schulleiter Realschule St. Konrad und Leiter des Bildungszentrums), Axel Müller (CDU), Moritz Fischinger (Linke), Heinrich Fischer (Mitglied Schülerrat, Moderation), Heike Engelhardt (SPD), Agnes Brugger (Grüne), Benjamin Strasser (FDP), Niclas Bulling (Freie Wähler), Christoph Högel (AFD), Samuel Noll (Mitglied Schülerrat, Moderation)

©Benjamin Sieber, J2